



## Reisen und Handeln

Was kubanische Touristen auf die Insel mitbringen. Seite 17

Foto: 123RF/Aleksandar Mijatovic

## Halle und Hausprojekte

Wie ein linkes und ein rechtes Zentrum die Stadt prägen. Seite 18

## Märsche in Mitte

Wo Rechtsextreme in Berlin demonstrieren. Seite 9

Foto: dpa/Gregor Fischer

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 7. Februar 2018

73. Jahrgang/Nr. 32

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Zeit und Geld

Ines Wallrodt über den Tarifabschluss der IG Metall

Der Geist von Hedonismus und Avantgarde umwehte in dieser Tarifrunde die mächtige, männliche IG Metall. Mit ihrer Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten hat sie eine Nischendebatte groß gemacht. Dabei ging es in der gesellschaftlichen Diskussion um mehr als um das, was die Gewerkschaft in dieser Tarifrunde erreichen wollte – und die Debatte war noch weiter entfernt von dem, was die IG Metall nun erreicht hat. Diskutiert wurde nicht allein über Menschen mit Kindern oder pflegebedürftigen Eltern, auch nicht nur über zwei Jahre kürzer treten, sondern darüber, dass sich viele Menschen kürzere Arbeitszeiten wünschen, egal aus welchem Grund. Die gesellschaftlichen Werte haben sich gewandelt. Weniger Arbeiten ist wichtiger als Geld – dafür haben Menschen in den vergangenen Wochen eine Vielzahl an guten Argumenten gefunden und gesehen, dass sie mit ihrem Wunsch nicht allein sind – eine wichtige Voraussetzung für einen Wandel der Arbeitskultur. Lebensweltliche Änderungen hängen ja oft an vorhandenen oder fehlenden Vorbildern, wenn man an Männer und Elternzeit denkt.

Leben ist wichtiger als Arbeit. Zeit ist wichtiger als Geld. Dieses Signal bleibt von dieser Tarifrunde. Das ist gut, birgt aber auch die Gefahr, dass sich die Wahloption Geld oder Freizeit als neue Lösung durchsetzt. Denn bislang kommt der selbstbewusste Anspruch der älteren Arbeitergeneration auf vollen Lohnausgleich sträflich zu kurz. Das spricht für eine wohltuende Einstellungsveränderung, aber auch für die Schwäche der Gewerkschaften.

## UNTEN LINKS

Heute wollen wir einen Ausflug in die Welt der Zahlen unternehmen. Nehmen wir die Zahl 47,5. Das ist laut einer Umfrage die Summe der Stimmanteile, die jetzt bei Bundestagswahlen auf Union und SPD entfallen würden. Also gemeinsam. Dann ist da die Zahl 48,5. Das ist die Summe der anderen nennenswerten Parteien. Wer in Mathe aufgepasst hat, der sieht: Aha, die sogenannte Große Koalition hat sich erfolgreich in die Minderheit verhandelt. Würde jetzt noch mal gewählt, könnte Schwarz-Rot tatsächlich eine Minderheitsregierung ausprobieren. Auf die SPD entfallen derzeit übrigens noch 17, 18 Prozent. Aber das muss längst nicht das Ende sein. Der Zahlenakrobat Martin Schulz ist da sehr ehrgeizig. »Ein Prozent von etwas ist besser als 100 Prozent von nichts«, hat er gesagt. Er weiß, wovon er spricht. 100 Prozent hatte er letztes Jahr, als er zum Vorsitzenden gewählt wurde. Und was hat er davon? Nichts. Jetzt läuft das Projekt »1 Prozent«. Vor der SPD liegt noch viel Arbeit. wh

## Feierabend!

Metall-Abschluss: Kürzere und längere Arbeitszeiten vereinbart / Deutliches Lohnplus



Foto: Getty Images/Gilaxia

Berlin. »Wir haben heute den Grundstein für ein flexibles Arbeitszeitsystem für das 21. Jahrhundert gelegt.« So hat Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger den Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie kommentiert, der im Pilotbezirk Baden-Württemberg erzielt worden ist. Dass die Unternehmensseite derart zufrieden mit der vereinbarten Arbeitszeit-Regelung ist, war nicht unbedingt zu erwarten. Denn die IG Metall hatte erstmals seit Jahren wieder kürzere Arbeitszeiten gefordert, was Gesamtmetall kategorisch ablehnte. Nun haben sich die Tarifparteien darauf verständigt, dass Beschäftigte individuell ihre Arbeitszeit für

maximal zwei Jahre auf bis zu 28 Wochenstunden verringern können, das Gehalt sinkt entsprechend. Danach können sie wieder auf eine Vollzeitstelle wechseln. Im Gegenzug akzeptierte die Gewerkschaft, dass Betriebe mit mehr Beschäftigten als bisher einen 40-Stunden-Vertrag vereinbaren so von der tariflichen Regelarbeitszeit von 35 Stunden abweichen können. Genau diese Flexibilisierung hätten die Arbeitgeber angestrebt, so Dulger.

Bereits heute wird häufig von der Tarifnorm abgewichen: Nach einer IG-Metall-Befragung arbeiten rund 45 Prozent aller Vollzeit-Beschäftigten in tarifgebundenen, west-

deutschen Metallbetrieben 40 oder mehr Stunden.

IG-Metall-Verhandlungsführer Roman Zitelsberger erklärte, dass Beschäftigte nun mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit hätten. Er nannte das Ergebnis »ordentlich«.

Der vereinbarte Lohnzuschlag ist deutlich höher als in den Vorjahren. Nach Berechnungen von Commerzbank-Volkswirten steigen die tariflichen Gehälter in diesem Jahr um knapp vier Prozent und im kommenden Jahr um knapp 3,8 Prozent. Zum Vergleich: 2017 betrug der Tarifanstieg lediglich rund 2,6 Prozent. rt

Seite 2

## Aktienkurse rauschen nach unten

New Yorker Leitindex sackt um 4,6 Prozent ab / Auch deutsche Papiere verlieren an Wert

Der US-Aktienindex Dow Jones ist 2017 um ein Drittel gestiegen – am Montag verbuchte er dann massive Verluste. Experten warnen schon länger vor Risiken auf den Finanzmärkten.

Von Simon Poelchau

Es war ein Schwarzer Montag an der Börse in New York. Die Aktienkurse rauschten nach unten, der US-Leitindex Dow Jones schloss mit einem Minus von 4,6 Prozent. Die Börsenpanik setzte sich wenige Stunden später in anderen Weltregionen fort: Der japanische Nikkei sackte um 4,7 Prozent nach unten, in Australien gaben die Börsen um 3,5 Prozent nach, der Deutsche Aktienindex (DAX) verlor bis zum Dienstagmittag rund 2,4 Prozent an Wert.

Der erste Börsencrash nach dem Zweiten Weltkrieg am 19. Oktober 1987 war noch weitaus dramatischer. An diesem Schwarzen Montag verlor der Dow Jones mit

22,6 Prozent mehr als ein Fünftel seines Wertes. Der jetzige Kursrutsch ist der heftigste seit 2011.

Als Grund für die panikartigen Verkäufe gilt die Finanz- und Geldpolitik von US-Präsident Donald Trump. Am Montag wurde Jerome Powell als neuer Chef der US-Notenbank Fed ernannt. Dieser könnte wie von Trump gewünscht die Leitzinsen schneller anheben, als es seine Vorgängerin Janet Yellen vermutlich getan hätte. Dies würde Kredite für Unternehmen teurer machen und Aktien für Anleger unattraktiver. Gleichzeitig sehen Ökonomen Trumps Steuersenkungen für Reiche als eine weitere Ursache, da diese zu neuen öffentlichen Schulden führen. So will sich Trumps Regierung mit 955 Milliarden Dollar fast doppelt so viel leihen wie letztes Jahr.

Im Weißen Haus reagierte man gelassen auf den Kursrutsch. Der Fokus von Präsident Trump liege auf den langfristigen wirtschaft-

lichen Fundamentaldaten, die weiterhin »außergewöhnlich stark« seien, erklärte seine Sprecherin Sarah Sanders.

Doch Experten warnen schon seit Längerem vor größeren Risiken auf den Finanzmärkten – und zwar nicht nur linke Ökonomen. »Es fühlt sich ein bisschen an wie 2006, als wir uns alle fragten, ob wir nicht das Problem von (immer wieder auftretenden) Wirtschaftskrisen gelöst haben«, sagte etwa der Chef der britischen Barclays-Bank laut »Handelsblatt« Ende Januar auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos. Auch der Internationale Währungsfonds warnte dort, dass die lange Zeit der Niedrigzinsen zum Anwachsen »ernsthafter« Risiken auf den Finanzmärkten geführt habe.

So stieg der Kurs des US-Aktienindex Dow Jones im vergangenen Jahr um rund ein Drittel, beim DAX war es knapp ein Fünftel. Manche Beobachter sehen

deswegen im jetzigen Rutsch eine Kurskorrektur. Ein Ökonom, der aufgrund der guten US-Arbeitsmarktlage nicht ganz so pessimistisch ist, ist der Nobelpreisträger Paul Krugman. Doch auch er erklärte in der »New York Times« mit Blick auf eine mögliche neue Krise: »Seien Sie beruhigt, dass wir für diesen Fall die schlimmsten Personen am Drücker haben.« Und zwar im Weißen Haus.

Kommentar Seite 4

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Wo lauern Fallstricke beim Mietrecht?

Was ist alles neu im Steuerjahr 2018?

Darf Reiseprogramm geändert werden?

## Vertragsverletzer Deutschland

74 EU-Verfahren vor allem zu Verkehr und Umwelt anhängig

Berlin. Deutschland verstößt derzeit häufiger gegen EU-Recht als zum Regierungswechsel 2013. Aktuell seien 74 EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik anhängig, geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, die dem »Handelsblatt« vorliegt. Die Zahl der Verfahren stieg demnach im Vergleich zu 2013 um knapp ein Fünftel. Demnach laufen unter anderem Verfahren wegen Nitrat im Trinkwasser, Feinstaub, Stickoxiden und wegen Verstoßes gegen die Wasserrahmenrichtlinie.

Aufgeschlüsselt nach Ressorts verstößt das Bundesverkehrsministerium am häufigsten gegen geltendes EU-Recht. Derzeit laufen 20 EU-Vertragsverfahren gegen das Ressort. Das Umweltministerium belegt mit 16 laufenden Verfahren den zweiten Platz, es folgt das Finanzministerium mit elf Verfahren. 12 von 74 Verfahren seien bislang vor dem Europäischen Gerichtshof gelandet, hieß es. dpa/nd

## Ausnahmezustand auf den Malediven

Soldaten stürmen Oberstes Gericht

Malé. Die Regierung der Malediven hat im Machtkampf mit dem Obersten Gerichtshof hart durchgegriffen. Soldaten stürmten in der Nacht zum Dienstag (Ortszeit) das Gerichtsgebäude und nahmen zwei Richter fest, darunter den Chef des Gremiums, Abdullah Saeed. Auch der ehemalige langjährige Präsident Maumoon Abdul Gayoom wurde festgenommen. Sein Halbbruder, der aktuelle Regierungschef Abdulla Yameen Abdul Gayoom, hatte am Montag den Ausnahmezustand für 15 Tage ausgerufen und dies mit Unruhen begründet.

Es hatte dort in den vergangenen Tagen Demonstrationen von Anhängern der Opposition und Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften gegeben. Hintergrund war eine Anordnung des Obersten Gerichts vom Donnerstag, acht inhaftierte Oppositionspolitiker freizulassen und die Verfahren gegen sie sowie den Ex-Präsidenten Mohamed Nasheed wiederaufzunehmen. Das Auswärtige Amt rief die Regierung der Malediven dazu auf, den Ausnahmezustand zu beenden und die Anordnung des Gerichts zu respektieren. dpa/nd Seite 7

## Gefährliche Keime in Gewässern

Antibiotikaresistente Erreger auch an Badestellen gefunden

Hamburg. Bei stichprobenartigen Untersuchungen von Gewässern sind antibiotikaresistente Keime gefunden worden. Gesundheitsexperten sind besorgt über die Ergebnisse. »Das ist wirklich alarmierend«, sagte Tim Eckmanns vom Robert-Koch-Institut dem NDR. Reporter des Senders hatten an insgesamt zwölf Stellen in Niedersachsen Proben genommen – unter anderem an Badeseen, Flüssen und Bächen. Sie füllten unter anderem Wasser in sterile Flaschen ab und ließen es in Labors testen.

Ergebnis: An allen untersuchten Orten – darunter auch zwei Badestellen – waren den Angaben zufolge sogenannte multiresistente Erreger nachweisbar. Solchen Keimen können einige Antibiotika nichts mehr anhaben, die daran Erkrankten sind besonders schwer zu behandeln. Alle untersuchten Proben stammen aus Niedersachsen. Das Bundesland sticht durch intensive Tiermast heraus. Zudem fließt das Wasser in flachen Regionen langsamer, dadurch können sich Stoffe eher ablagern. dpa/nd

ISSN 0323-3375

